

## Jeremy Gaines und Stefan Jäger Sie bauen Deutschland um: Politiker und Planer, die für die Gestaltung unserer Städte für das Jahr 2030 verantwortlich sind

Denken Sie öfter darüber nach, wie Ihre unmittelbare Umgebung zur Jahrhundertmitte aussehen wird? Oder wie Ihre Heimatstadt aussehen könnte? Wissenschaftlern zufolge wären Sie am besten für die Zukunft gewappnet, wenn Sie in eine Megastadt ziehen würden. Knapp 40 Jahre geben die Autoren des aktuellen Berichts an den Club of Rome unserer Zivilisation noch Zeit, ehe es auf gut Deutsch für die Mehrheit der Bewohner unseres Planeten „ungemütlich“ wird: Der anthropogene Klimawandel wird spürbar sein, und den westlichen, auf Ressourcenverbrennung bzw. -verschwendung basierenden Lebensstil können sich einfach immer weniger Menschen (auch im Westen) leisten. Klingt in der Tat wenig verheißungsvoll, insbesondere für die noch nicht Geborenen. Nun bedeutet das nicht unbedingt das Ende der Welt, auch in unseren Breitengraden und auch ohne Megastädte. Zudem bietet die traditionelle europäische Stadt viele Vorteile und ist auf das, was kommt, schon sehr gut vorbereitet: Kurze Wege zwischen Wohnen und Arbeiten, öffentliche Räume für soziales Leben, historisch gewachsene Strukturen und Identitäten reduzieren unter anderem die erdölbasierte Mobilität ganz enorm.

Diese Vorteile sind Planern inzwischen wieder bekannt und für das Gros der Zunft hierzulande Ausgangspunkt für ein verantwortliches Handeln. Gleichwohl, die Herausforderung könnte kaum größer sein, gerade in „digitalen Zeiten“. Denn obwohl sich Wirtschaft und Freizeitwelt zunehmend auf das immaterielle Potenzial des Internets konzentrieren, findet das alltägliche Leben weiterhin sehr wohl in der realen Welt statt. Und für die meisten Einwohner Deutschlands (2010 waren das 74 Prozent) ist diese reale Welt die Stadt – Tendenz steigend.

Nicht erst seit gestern ist die Stadt „Innovationstreiber“ und „Fort-schrittsbeschleuniger“. Der Aufstieg des Westens zum wirtschaftlich-kulturellen Hegemon ist ohne den Konkurrenzkampf zwischen den Städten Nord- und Zentralitaliens zur Zeit der Renaissance kaum vorstellbar. Dieser Konkurrenzkampf führte zu immensen Sprüngen in den Bereichen Wissen und Wissenschaft, aber auch zu neuen Entwicklungen: zu wirksameren Waffen und der Erfin-

derung dauerhafter Besteuerungssysteme. Die Stadt ist seitdem eine „Wohlstandsmaschine“, aber auch ein Ort, wo uns die Grenzen dieses Wohlstands tagtäglich vor Augen geführt werden. Das zwingt, wie wir seit nun 20 Jahren wissen, zum Umdenken: „Nachdem ein halbes Jahrhundert daran gearbeitet wurde, die Stadt ‚autogerecht‘ zu machen, kommen jetzt wieder neue Ideen in die Stadtplanung. Architekten und Planer erkennen, dass eine dichtere Bebauung, engere Straßen, verkehrsberuhigte Einrichtungen, begehbare (und beispielbare) Freiräume und naturbelassene Flecken nicht nur ästhetisch erfreulich, sondern auch wirtschaftlich wertvoll sein können. [...] Zu solchen eher kulturellen oder ökologischen Motiven kommt eine starke wirtschaftliche Triebfeder: die explodierenden Kosten der Distanz, der Zersiedlung. In dieser klassisch gewordenen amerikanischen Studie werden die Kosten hoher Verdichtung mit denen der Zersiedlung verglichen – mit vernichtenden Ergebnissen für die letzteren. Für die verdichtende Bebauung wurde eine Kosteneinsparung von 35 % errechnet. Dabei ist immer noch die Hälfte der Fläche als Freiraum vorgesehen.“<sup>1</sup>

Verdichtung ist nur ein Beispiel. Als wir vor drei Jahren das „Manifest für nachhaltige Stadtplanung“<sup>2</sup> veröffentlichten, lautete eines der Zehn Gebote: „Nutze den Raum der Stadt.“ Das heißt in der Praxis: besser nachverdichten als auf der „grünen Wiese“ neu bauen. Dem könnte man heute hinzufügen: „Nutze das Innovationspotenzial der Stadt und kooperiere mit deinen Nachbarstädten.“ Schließlich hat auch Nachverdichtbarkeit ihre (Stadt-)Grenzen.

Einen Konkurrenzkampf zwischen den Städten nach altitalienischem Muster kann sich heute niemand mehr leisten. Aber noch immer handeln viele Kommunalpolitiker nach dem Vorbild des Renaissancesfürsten, angetrieben von dem Wunsch, die eigene Stadt wachsen zu lassen, auch auf Kosten der Nachbargemeinden. Nachhaltigkeit funktioniert aber anders. Klar ist: Jede Kommune möchte interessant für kluge Köpfe sein, für junge Familien, die der Stadt ihr eigenes Fortbestehen garantieren. Bevölkerungswachstum bedeutet nun mal auch höhere Steuereinnahmen und damit einen größeren kommunalen Handlungsspielraum. Wie aber kann ein produktives Miteinander im Zeitalter der fortgeschrittenen Urbanisierung aussehen? Wie muss ein produktives Miteinander gerade angesichts angespannter Haushaltslagen aussehen?

Es gibt Beispiele. Bielefeld, Dortmund und Gelsenkirchen teilen sich nicht nur eine geografische Lage, sondern versuchen alle drei, mittels Universitäten und Forschungseinrichtungen neue Einwohner anzulocken und sie zu überzeugen, sich dort langfristig niederzulassen. Wird aber unter Konkurrenz „Stadtvermarktung“ verstanden, dann hat das allerdings wenig mit den Innovationsschüben gemeinsam, die Florenz, Venedig und Genua einst entfachten.

Warum wirbt heutzutage eine Stadt nicht mit ihrer Nachhaltigkeit bzw. Umweltfreundlichkeit anstatt mit dem neuesten Museum? Oder beispielsweise mit der Tatsache, dass sie ihren Einwohnern Fernwärme aus Blockheizkraftwerken bietet? Rostock könnte so durchaus bestehende „Imagenschwächen“ wieder wettmachen.

Wer das Innovationspotenzial der Stadt nutzen möchte, wer sie auch wieder zur Triebfeder von Erneuerung machen will, der muss sie dazu finanziell in die Lage versetzen. Momentan ist die Stadt der Ort in Deutschland, wo zuallererst der Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen der öffentlichen Hand deutlich wird, und – nicht weniger dramatisch – der Ort, wo sich, infolge der zunehmenden Ungleichverteilung des Wohlstands, die sozialen Probleme konzentrieren. Ein Problem, das fast alle in diesem Buch befragten politischen Entscheidungsträger bzw. Planer plagt, ist die wachsende Verschuldung – und zwar auf Generationen hinaus.<sup>3</sup> Wenn Mittel fehlen, um nach einem harten Winter Straßen zu reparieren, dann sind Stadtverwaltungen mehr damit beschäftigt, den Alltag zu bewältigen, als die Zukunft zu gestalten. Kaum eine Kommune in Deutschland ist heute in der Lage, ihre Infrastruktur zu erhalten. Ein Lösungsvorschlag für dieses Problem, der gerne aufgegriffen wird, ist die Teilprivatisierung öffentlicher Projekte in Form von Public Private Partnership, kurz PPP. Man könnte sich aber auch fragen, ob nicht ein Steuerverteilungssystem überholt ist, das die Verwaltungseinheit mit den meisten öffentlichen Aufgaben so im Regen stehen lässt und die meisten Steuergelder für den Bund und die Länder vorsieht. Ferner feuert das jetzige Steuersystem über die Gewerbesteuer den Konkurrenzkampf zwischen Gemeinden eher noch an, als dass es Kooperation belohnt. Es ist ein System, das im Ergebnis zu unnötigem Landschaftsverbrauch und zur Zersiedlung geführt hat. Aber bis jetzt begehren die Städte nicht auf.

Neben solchen Verteilungs- und Ansiedlungsfragen kommt in letzter Zeit ein neues Thema auf die kommunale Agenda, nämlich der Wunsch seitens der Steuerzahler, stärker in jene Prozesse eingebunden zu werden, die sie unmittelbar betreffen: „Kein städtischer Frieden ohne gebührende Vertretung“, könnte man behaupten. Dabei gibt eine immer geringer werdende Anzahl von Bürgern bei Kommunalwahlen ihre Stimme ab. Wir behaupten, die gängige Meinung, diese abnehmende Zahl sei auf Politiker zurückzuführen, die nicht verstanden hätten, dass bei Kommunalwahlen die Inhalte andere als die bei Bundes- bzw. Landtagswahlkämpfen sein müssen, ist falsch. Denn die Vernunft besagt: Warum soll man Politiker wählen, die keine Ressourcen haben, um eine wie auch immer geartete Politik durchzusetzen? Mit anderen Worten: Auch wenn sie nicht wählen gehen (denn warum wählen, wenn die Stadt über wenige Einnahmen und somit kaum Macht verfügt?),

bestehen die Bürger darauf, dass sie basisdemokratisch stärker eingebunden werden – bei einzelnen Themen und jenseits von Wahlzyklen. Eine solche Beteiligung ist immerhin die ureigenste Rolle des Bürgers: Das Wort „Bürger“ leitet sich von „burg“ im Althochdeutschen bzw. „burgh“ im Altenglischen und „puri“ im Sanskrit ab und meint somit eine Person, die Teil dieser Körperschaft ist. Seitens der Stadtverwaltungen wird die Tendenz zur stärkeren Bürgerbeteiligung weitgehend begrüßt, mit der Einschränkung, dass die gewählten Vertreter des Volkes letztendlich die Entscheidungen treffen wollen, denn dafür wurden sie schließlich gewählt.

Wir haben in dem vorliegenden Buch herausragenden Stadtpolitikern und Stadtplanern in unterschiedlichen Städten Deutschlands eine Reihe von standardisierten Fragen gestellt, um herauszufinden, was sie als Hauptherausforderungen ihrer Tätigkeit betrachten. Diese Fragen schlossen auch das Thema Bürgerbeteiligung mit ein. Es stellte sich heraus, dass sehr viele unterschiedliche Verfahren in den jeweiligen Städten angewandt werden. Das spiegelt sicherlich die Tatsache wider, dass man sich lange Jahre nicht damit beschäftigte, wie solche Prozesse zielführend und zweckmäßig strukturiert werden können. Das hat auch damit zu tun, dass die Städte selbst unterschiedliche Verwaltungs- bzw. Organisationsformen haben: In manchen werden die Dezernenten bzw. Bürgermeister von der Bürgerschaft gewählt, in anderen werden sie ernannt. Im Zeitalter unterschiedlichster politischer Koalitionen kommt es vor, dass ein Oberbürgermeister im Stadtparlament über keine Mehrheit verfügt: eine Besonderheit, die auf der Landes- bzw. Bundesebene nicht vorstellbar wäre. Planer hingegen müssen länger denken als eine Wahlperiode, Jahrzehnte im Voraus – und bringen somit den langfristigen Horizont in den politischen Alltag hinein.

Die Antworten der Befragten sind naturgemäß nicht einheitlich, aber keiner von ihnen schien sich aufgrund von niedrigen Wahlbeteiligungen<sup>4</sup> bzw. Finanzschwächen von seiner Verantwortung abbringen zu lassen. (Während der Interviews kamen andere Fragen ans Licht, Fragen die wiederum je nach Größe und Geschichte der jeweiligen Stadt anders gewichtet wurden. Es gab sehr viele Gemeinsamkeiten.) Allen Stadtvertretern gemeinsam war, dass sie den Radfahrern das Leben leichter machen und dafür sorgen wollen, dass die Innenstädte nicht in Staus ersticken. Sie beschäftigen sich mit der Frage der Dichte: Wie viele Quadratmeter Fläche kann bzw. soll eine Stadt pro Person zur Verfügung stellen? Viele versuchen, ein Wohnen im Grünen bzw. ein Wohnen am Wasser zu ermöglichen. Und viele möchten Industriebrachen (oder im Falle Berlins sogar ein Flughafengelände) in neue grüne Quartiere verwandeln. Allenthalben

gibt es ein Bewusstsein dafür, dass die Konkurrenz zwischen Einzelhandel und Einkaufszentren eine schwierige ist, wobei manche Ersteren fördern, andere Letztere.

Ein Phänomen, das in den ostdeutschen Städten Leipzig, Dresden, Halle (Saale) und Rostock zu beobachten war und das zeigt, wie wenig vorhersehbar und statisch Stadtentwicklung sein kann, ist die demografische Trendwende. Die vier genannten Städte verzeichnen nach starken Schrumpfungprozessen infolge der Wende mittlerweile wieder ein signifikantes Bevölkerungswachstum. Ein Wachstum, für das sogar Platz im alten, bereits vorhandenen Stadtraum ist.

Ob Planung jederzeit „rückholbar“ sein muss, bleibt eine offene Frage. Die Planungsabteilungen betreiben heute oft eine integrierte Stadtplanung auf der Basis von Datensätzen, die viel größer und komplexer sind, als das in der Vergangenheit möglich war. Die Abteilungen dienen gewissermaßen als Schnittstellen der unterschiedlichen Dezernate und stellen den politischen Entscheidungsträgern eine gesicherte Basis für wohlüberlegtes Handeln zur Verfügung. Dabei bleibt die hauptsächliche „Single Issue“ so einfach wie zu der Zeit, als Ebenezer Howard die Geburt der Gartenstadt proklamierte: Wie kann das urbane Leben so gestaltet sein, dass es im Zeitalter der schwindenden Ressourcen alle genießen können?

Bei allen, ob bei Stadtpolitikern oder den Vertretern der Verwaltung, ragte ein Leitbild ganz deutlich heraus: das der Nachhaltigkeit. „Nachhaltige Entwicklung“ definiert der Ökonom Fred Luks als den „Versuch, unerwünschte ungesteuerte Veränderungen durch erwünschte gesteuerte Veränderungen zu ersetzen.“<sup>5</sup> In diesem Sinne wünschen wir den von uns interviewten kommunalen Politikern und Planern möglichst viel Erfolg bei dem Bemühen um „erwünschte Veränderungen“ zum Wohle der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Umwelt. Wo anders sollte ihnen das besser gelingen als in der Stadt?

## Anmerkungen

- 1 Ernst Ulrich von Weizsäcker, Amory B. Lovins und L. Hunter Lovins: Faktor Vier – doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome, München 1995, S. 168 f.
- 2 Jeremy Gaines und Stefan Jäger: Ein Manifest für nachhaltige Stadtplanung: Think Local, Act Global, München 2009.
- 3 Für Vergleichszahlen siehe [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de).
- 4 Unsere Berechnungen zeigen eine durchschnittliche Beteiligung von unter 50 Prozent. Das ist eine Zahl, aus der keine überwältigende Legitimation abgeleitet werden kann.
- 5 Fred Luks: Endlich im Endlichen, Marburg 2010, S. 32.